Vereinbarung

zwischen
dem Land Baden-Württemberg
und
dem Schwarzwald-Baar-Kreis
und der
Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar GmbH
über die weitere Finanzierung des Verkehrsverbund
Schwarzwald-Baar (VSB)

§ 1

Vorbemerkung:

Der Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar wurde am 01.09.2000 gegründet. Zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Verbundgesellschaft sowie der Einführung und Weiterentwicklung des Gemeinschaftstarifes wurde am 31.08.2000 zwischen dem Land, dem Schwarzwald-Baar-Kreis und der Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar GmbH eine Finanzierungsvereinbarung geschlossen, die zum 31.12.2003 ausgelaufen ist. Mit Schreiben vom 23.11.2004 hat das Land Baden-Württemberg diese bestehende Vereinbarung mit gleichen Konditionen verlängert. In diesem Schreiben wurden gleichzeitig zusätzliche Mittel für die Einführung und die Weiterentwicklung der Regionalen Tarifkooperation Schwarzwald-Baar-Heuberg (RTK) bewilligt. Diese Vereinbarung endet nun zum 31.12.2006, um die Finanzierungsvereinbarung an die mittlerweile geänderten Strukturen des Verbunds anzupassen und das neue Anreizsystem für die Verbundförderung des Landes einzuführen.

Um die Erreichung dieser Ziele sicherzustellen und den Beteiligten eine verlässliche finanzielle Grundlage für die weitere Planung zu geben, aber auch um erstmals einen Erfolgsanreiz zu geben wird die folgende Vereinbarung getroffen.

(1) Das Land Baden-Württemberg gewährt nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen dem Schwarzwald-Baar-Kreis zur Abdeckung der kooperationsbedingten Lasten des Verkehrsverbundes Schwarzwald-Baar (VSB) eine Zuwendung, die sich aus einem Basisförderbetrag und einem leistungsbezogenen Förderbetrag zusammensetzt. Die Grundlage für die erstmalige Bemessung der Zuwendungen im Jahr 2007 ist die Kalkulation für die Finanzierungsvereinbarung vom 31.12.2000 unter Berücksichtigung der Nachkalkulation im Jahr 2001 und der weiteren Bewilligung von Mitteln für die Regionale Tarifkooperation vom 23.11.2004.

(2) Der Basisförderbetrag beträgt

im Jahr 2007	412.467 €,
im Jahr 2008	360.909 €,
im Jahr 2009	326.537 €,
im Jahr 2010	292.164 €,
und im Jahr 2011	257.792 €.

(3) Der leistungsbezogene Förderbetrag beträgt im Jahr 2007 429.653 €. Er wird ab dem Jahr 2008 nach Anlage 1 ermittelt.

(4) Die jährliche Absenkung der Basisförderung nach Absatz 2 wird ab dem Kalenderjahr, in dem erstmals eine Kooperationsregelung nach § 4 eingeführt worden ist, um 50 % verringert. Dies gilt nicht für das Jahr 2007.

(5) Die Zuwendungen des Landes werden jeweils zu einem Viertel zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines Jahres fällig.

§ 2

Die Zuwendungen des Landes werden unter folgenden Voraussetzungen gewährt:

- Verträge mit der DB AG und anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen über deren Beteiligung am Verbund oder die Abgeltung von SPNV-Leistungen bedürfen der Zustimmung des Landes.
- Der Verbund unterstützt das Land als Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr bei der Erstellung von Ausschreibungsunterlagen. Er wirkt gegebenenfalls auf die im Verbund tätigen Eisenbahnverkehrsunternehmen entsprechend ein.
- Der Verbund beteiligt sich konstruktiv an der landesweiten Harmonisierung der Verbundtarife.
- Der Verbund unterstützt das Land bei der Umsetzung landesweiter Marketing-Konzepte sowie sonstiger Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, sofern dies keine negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftsergebnis der Verbundgesellschaft hat.
- Der Verbund behält mindestens die gegenwärtig geltenden Regeln der kostenlosen Fahrradmitnahme bei. Erfolgt ein solches Angebot nicht, wird die Basisförderung nach § 1 Abs. 2 um 4 % im ersten Jahr (mindestens 16.499 €), und in den darauf folgenden Jahren um weitere je 4 % kumulierend, gekürzt.
- Der Verbund unterstützt konstruktiv eine landesweite telefonische Fahrplanauskunft mit einer einheitlichen Nummer, die gemeinsam von Land und den Verkehrsverbänden weiterentwickelt wird. Sollte eine flächendeckende landesweite Fahrplanauskunft nicht realisiert oder betrieben werden, wird der Landeszuschuss nach § 1 Absatz 1 um 1 % gekürzt.

- Das Land erhält einen Sitz im Aufsichtsrat/Beirat der Verbundgesellschaft mit beratender Stimme.

§ 3

- (1) Der leistungsbezogene Betrag kann sich jedes Jahr entsprechend der Veränderung der Erfolgsrechnung zum Vorjahr ändern. Der Erfolgsrechnung werden zwei Kennzahlen zu Grunde gelegt:
 - a) das Verhältnis der verkauften Fahrausweise zur Anzahl der Einwohner im Verbundgebiet.
 - b) das Verhältnis der Tarifeinnahmen im Verhältnis zu den Betriebsleistungen.

Die Verbundgesellschaft verpflichtet sich, diese Zahlen jeweils bis zum 30. Mai des Folgejahres dem Land zur Verfügung zu stellen.

- (2) Die Höhe des leistungsbezogenen Betrags steht zudem unter dem Vorbehalt der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.
- (3) Bei einer Veränderung der Betragshöhe unter 1 % bleibt die Zuwendung unverändert. Bei einer Absenkung von mehr als 10 % wird die Veränderung des Betrags auf 10 % beschränkt.

§ 4

Der Verbund wirkt im Wege der Kooperation bis hin zu Zusammenschlüssen mit Nachbarverbänden darauf hin, dass es den Fahrgästen des Verbundes möglich ist, jeden Tarifpunkt mindestens eines Nachbarverbands mit einem Verbundfahrausweis (Einzel- und Zeitfahrausweis) zu erreichen. Der Nachweis ist bis zum 30. September eines Jahres mit Wirkung für das Folgejahr zu erbringen.

§ 5

- (1) Der Vertrag hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Über eine Anschlussregelung wird unter Berücksichtigung der Grundsätze nach § 2 rechtzeitig zwischen den Vertragspartnern verhandelt. Dabei wird die Höhe der Landesleistungen erneut überprüft.
- (2) Es muss damit gerechnet werden, dass im Rahmen der Änderung des europäischen Rechtsrahmens andere Kriterien zur Bestimmung der Landesleistung für die Verbundförderung Anwendung finden, die zu einer Veränderung der Zuwendung des Landes nach § 1 führen können. In diesem Fall steht beiden Parteien ein Kündigungsrecht mit einer Frist von einem Jahr zu.

§ 6

Bei wesentlichen Änderungen der dieser Vereinbarung zugrundeliegenden Verhältnisse ist auf Antrag eines Vertragspartners über eine entsprechende Anpassung der Vereinbarung zu verhandeln.

§ 7

Diese Vereinbarung tritt zum 01.01.2007 in Kraft.

Villingen-Schwenningen, den

.....

Land Baden-Württemberg

.....

Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis

.....

Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar GmbH

ANLAGE 1

Kennzahlensystem und Erfolgsberechnung

Kennzahl I

(Anzahl der verkauften Fahrausweise im Verhältnis zur Anzahl der Einwohner im Verbundgebiet)

Die verschiedenen Tarifangebote werden wie folgt entsprechend § 3 Abs. 2 Verordnung über den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Straßenpersonenverkehr gewichtet:

- die Anzahl der Einzelfahrausweise x 1,0 (für den Binnenverkehr)
- die Anzahl der Tageskarten x 2,3 (für den Binnenverkehr)
- die Anzahl der Wochenkarten x 6 x 2,3 (für den Binnenverkehr)
- die Anzahl der Monatskarten x 26 x 2,3 (für den Binnenverkehr)
- die Anzahl der Jahreskarten x 240 x 2,3 (für den Binnenverkehr)

Kennzahl II

(Tarifeinnahmen im Verhältnis zu den Betriebsleistungen)

Zu den Tarifeinnahmen zählen nur die über den Verkauf von Fahrausweisen gewonnenen Einnahmen, nicht die Ausgleichsleistungen, die von den Aufgabenträgern oder des Landes aufgrund gesetzlicher Grundlage oder vertraglicher Vereinbarung gezahlt werden.

Die Betriebsleistungen werden in Platzkilometer dargestellt.